

Eine gegen alle

Unternehmerin Magdalena Martullo-Blocher kritisierte, viele Schweizer Firmen würden von ausländischen Chefs geleitet. Und diese seien gegen die Begrenzungsinitiative, weil sie oft andere Interessen hätten als «wir Schweizer Unternehmensführer». Wie denken diese über diese Vorlage?

Patrik Müller

Oft verweigern Konzernchefs und Verwaltungsratspräsidenten die Auskunft, wenn man sie zu einer bevorstehenden Abstimmung befragt. Sie wollen sich nicht politisch exponieren. Das ist auch jetzt der Fall bei Rolf Dörig, Verwaltungsratspräsident des Versicherers Swiss Life: Er lässt ausrichten, er habe sich entschieden, zur Begrenzungsinitiative keine Stellung zu nehmen.

Noch bei der Masseneinwanderungs- und der Selbstbestimmungsinitiative empfahl Dörig ein Ja, wie die SVP, und entgegen den Parolen der Wirtschaftsverbände. Ob er diesmal dagegen ist oder sich keinen Ärger mit den Verbänden einhandeln möchte, bleibt sein Geheimnis.

Ems-Chefin und SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher hatte in den Zeitungen der TX Group eine interessante Hypothese aufgestellt. Sie wurde gefragt, warum die Wirtschaftsverbände wie Economiesuisse zum Schluss kommen, dass die Initiative der Wirtschaft schade – und sie selber nicht.

Darauf antwortete die SVP-Politikerin: «In vielen grossen Schweizer Konzernen sind heute Ausländer an der Spitze, oft aus dem EU-Raum. Sie verstehen das System der Schweiz nicht, stimmen auch nicht ab.» Weiter sagte sie, viele Chefs stünden auf der Seite der EU: «Ein Teil von ihnen hat andere Interessen für die Schweiz als wir Schweizer Unternehmensführer.»

UBS, CS und Versicherungen

In der Tat beträgt auf der obersten Führungsebene der Ausländeranteil mehr als ein Drittel (siehe Artikel rechts). Aber gibt es einen Graben zwischen Chefs mit oder ohne Schweizer Pass? Unterstützen, wie Martullo insinuiert, Schweizer Chefs die Begrenzungsinitiative?

Mitnichten. UBS-Chef Sergio Ermotti, dem auch schon Sympathien zur SVP nachgesagt wurden, sagt klipp und klar: «Ich bin gegen die Begrenzungsinitiative. Als global integrierter Wirtschaftsstandort ist die Schweiz auf die unkomplizierte Rekrutierung internationaler Arbeitskräfte angewiesen.»

tierung internationaler Arbeitskräfte angewiesen.» Ermotti betont, selbst wenn es Steuerungsbedarf gäbe, «wäre diese Initiative nicht der richtige Weg, ein mögliches Problem zu adressieren». Ermotti sorgt sich zudem um das Verhältnis zur EU. «Angesichts der offenen Diskussion über die Zukunft des bilateralen Wegs und des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds sollte jetzt keine weitere Unsicherheit geschaffen werden.»

Der Chef der Erzrivalin am Paradeplatz, CS-CEO Thomas Gottstein, ist gleicher Meinung. «Selbstbestimmung ist wichtig», betont er. «Aber in zentralen Fragen wie der Zuwanderung sollte sich die Schweiz mit der EU abstimmen und nicht die Konfrontation riskieren.» Auch für die Versicherungen ist der Fall klar. Swiss-Re-Konzernchef Christian Mumenthaler etwa warnt eindringlich vor den Folgen der Initiative.

Severin Schwan darf abstimmen

Besonders betroffen von einem Ja wäre die Pharmaindustrie. Roche-Chef Severin Schwan hat sich kürzlich einbürgern lassen. Nun darf der gebürtige Österreicher am 27. September selber abstimmen. «Für Roche als forschungsbasiertes Unternehmen ist der Zugang zu hoch ausgebildeten Mitarbeitenden extrem wichtig», sagt er. «Wir rekrutieren zwar sehr viele hoch qualifizierte Wissenschaftler oder Informatiker, die aus der Schweiz kommen. Aber wir können unseren Bedarf unmöglich nur mit Schweizern abdecken.» Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sei ein Nein wichtig, es gehe um die Wertschöpfung in Basel und der ganzen Schweiz.

Geniesst die Initiative in der Binnenwirtschaft mehr Sympathien? Fehlanzeige. Hansueli Loosli präsidiert Coop, den zweitgrössten Arbeitgeber im Inland, sowie die Swisscom. Er sei gegen die Initiative, weil er den bilateralen Weg mit der EU und damit den Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt nicht gefährden wolle, sagt er. «Dieser weitgehend diskriminierungsfreie Zugang ist für unsere Exportwirtschaft und damit für die Arbeitsplätze und

Ems-Konzernchefin Magdalena Martullo-Blocher, hier im Juli bei der Präsentation der Halbjahreszahlen, vermutet, dass Chefs mit ausländischem Pass andere Interessen haben als jene mit dem Schweizer Bürgerrecht. BILD KEY

den Wohlstand in der Schweiz von grösster Wichtigkeit», sagt Loosli.

Opposition von SVP-Unternehmer

Besonders schmerzhaft für die SVP ist, dass auch ihr nahe stehende Gewerbeunternehmer für ein Nein plädieren. Sogar Angehörige der eigenen Partei wie die Thurgauer SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr, die Mitinhaberin der Stahlbaufirma Ernst Fischer ist. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt hatte der SVP-Vorzeigeunternehmer Peter Spuhler in aller Deutlichkeit gegen die Vorlage Stellung bezogen und damit wohl auch andere Unternehmer ermutigt, sich zu exponieren. Spuhler sagte im März zu dieser Zeitung: «Die Initiative ist gefährlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum die SVP auf diese Initiative setzt.»

Unter den Chefs grosser Unternehmen gibt es nebst Martullo nur noch einen Ja-Verfechter. Walter Frey, Verwaltungsratspräsident der Emil Frey AG und ehemaliger SVP-Nationalrat. Er begründete seine Haltung im Juni in der «Schweiz am Wochenende»: «Für mich als Unternehmer wäre es einfacher, ohne jegliche Rücksicht im EU-Raum Personal zu rekrutieren. Aber es damit den Wohl der Schweiz, es geht um Grundsätzliches.» Magdalena Martullo wollte sich zu ihrer Aussage, dass Schweizer Chefs andere Interessen hätten als ausländische, nicht mehr weiter äussern.



Schweizer Firmen: Je grösser, desto mehr Ausländer

Die Begrenzungsinitiative ist für die Wirtschaft die wichtigste Abstimmung in diesem Jahr. Bei früheren wirtschaftspolitischen Initiativen wurde oft das mangelnde Engagement der Unternehmen und ihrer Chefs kritisiert. Ein wichtiger Grund für den fehlenden Einsatz: Viele Wirtschaftslenker sind Ausländer. Diese zieren sich, der Schweizer Bevölkerung zu sagen, wie sie abstimmen sollen.

Tatsächlich ist der Ausländeranteil in den Chefetagen der grossen Schweizer Firmen hoch. Unter den 118 wichtigsten Unternehmen beträgt der Anteil 44 Prozent, wie eine Auswertung des Headhunters Guido Schilling zeigt. Werden nur die Chefs betrachtet, so sinkt der Ausländeranteil auf 36 Prozent. «Gefragt sind heute nicht mehr die besten Manager der Schweiz, sondern die besten Köpfe weltweit», heisst es dazu in der neusten Studie namens Schillingreport. Fast jeder dritte ausländische Topmanager in den untersuchten Firmen stammt aus Deutschland. Mit grossem Abstand folgen die Amerikaner und Franzosen.

Mit 37 Prozent ist der Ausländeranteil in den Verwaltungsräten der grössten Unternehmen etwas geringer. Auch hier dominieren die Deutschen und die Amerikaner. Interessant: In vier der untersuchten Firmen sitzen

keine Schweizer im Verwaltungsrat, während die Verwaltungsräte von 17 der 90 einbezogenen Unternehmen nur mit Schweizern besetzt sind.

Bei den ganz grossen Firmen ist der Ausländeranteil am höchsten. Gut zwei Drittel der Geschäftsleitungsmitglieder der Unternehmen, die im Börsenbarometer Swiss Market Index vertreten sind, besitzen einen ausländischen Pass. Unter den Konzernchefs beträgt der Ausländeranteil noch 45 Prozent. Zuletzt hat etwa bei der Credit Suisse ein Schweizer einen Ausländer an der Spitze abgelöst. Auf den Ivorer Tidjane Thiam folgte der Zürcher Thomas Gottstein.

Hin und wieder lassen sich ausländische Firmenchefs einbürgern. So erhielt etwa Ulrich Spieshofer, der ehemalige ABB-Chef, im Jahr 2016 die Schweizer Staatsbürgerschaft. Anlässlich der 125-Jahr-Feier des Unternehmens überreichte ihm der damalige Bundesrat Johann Schneider-Ammann persönlich den Schweizer Pass. In diesem Jahr liess sich Roche-Chef Severin Schwan einbürgern. Der gebürtige Österreicher lebt seit vielen Jahren in Riehen BS. Zu vor wurde Roche-Präsident Christoph Franz Schweizer. Bereits seit zehn Jahren besitzt Glencore-Chef Ivan Glasenberg den Schweizer Pass. *(Andreas Möckli)*

Darum geht es bei der Begrenzungsinitiative

Mit der sogenannten Begrenzungsinitiative will die SVP erreichen, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern aus der EU «eigenständig» regeln kann. Zum einen soll die geltende Personenfreizügigkeit abgeschafft werden. Und zum anderen soll die Schweiz mit anderen Ländern auch keine neuen Verträge oder Verpflichtungen eingehen dürfen, mit denen Ausländern eine Personenfreizügigkeit gewährt wird. Ein Ja am 27. September würde das Ende des Freizügigkeitsabkommens mit der EU bedeuten. *(saw)*

Londoner Experten zweifeln am Nutzen der Bilateralen

Eine SVP-nahe Stiftung legt eine Studie vor, die den Ökonomen des Bundes widerspricht.

Wie viel wert sind eigentlich die Bilateralen I, die bei einem Ja zur SVP-Begrenzungsinitiative vom 27. September möglicherweise wegfallen? Studien im Auftrag des Bundes oder von Wirtschaftsverbänden wie Economiesuisse kommen regelmässig zum Schluss: Die Bilateralen machen uns reicher und stärken das Wirtschaftswachstum. Die Personenfreizügigkeit verleiht dem Arbeitsmarkt Flexibilität, und die Löhne geraten deswegen nicht unter Druck.

Die SVP wiederum sagt ebenso regelmässig, die Bilateralen würden überschätzt, das Pro-Kopf-Einkommen stagniere, die Personenfreizügigkeit befuehere bloss ein Breitenwachstum. Diese Einschätzung wird nun von der Stiftung «Für eine bürgerliche Politik» in einer Studie untermauert. Die Stiftung steht der SVP nahe. Ihr Befund: Die Personenfreizügigkeit mache die Schweiz ärmer. Das Abkommen habe der Schweiz zwischen 2002 und 2017 4,4 Prozent Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf gekostet; ohne Personenfreizügigkeit wäre es um 3500 Franken höher. Zudem schätzt die Studie die Einkommenseinbussen auf bis zu 3,7 Prozent – wegen des Lohn-drucks.

Schuld sind günstige Arbeitskräfte

Die Untersuchung stammt vom Londoner Forschungsinstitut «Europe Economics», zu deren Kunden auch die Europäische Kommission zählt. Studienleiter ist der Ökonom und Brexit-Befürworter Andrew Lillico. Er hat folgenden wahrscheinlichen Hauptgrund für die BIP-Reduktion pro Kopf identifiziert: Da mit der Personenfreizügigkeit genug günstige Arbeitskräfte verfügbar sind, schieben die Firmen Investitionen für eine höhere Produktivität auf die lange Bank.

Beat Siegrist, Verwaltungsratspräsident der Schweiter Technologies AG, bezeichnete den volkswirtschaftlichen Nutzen der Bilateralen I gestern an der Pressekonferenz deshalb «eher als Mythos».

Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, findet hingegen: «Die Studie gehört in den Papierkorb.» Die Autoren hätten «dummerweise» die Frankenüberbewertung nach der Finanzkrise vergessen. Deshalb komme das Pro-Kopf-BIP seit 2010 kaum mehr vom Fleck, schreibt er in einem Blogbeitrag.

Reiner Eichenberger, Wirtschaftsprofessor an der Universität Freiburg, attestiert der Studie aus London hingegen viele Stärken, da sie auf aktuellen Daten beruhe. Sie zeige auf, dass der Zuwanderungsdruck auf die Schweiz vor allem daran liege, dass viele EU-Länder unattraktiv für die Arbeitsmig-

ration seien. Für Eichenberger illustriert jedoch auch diese Arbeit die Schwierigkeit, die Wirkung der Bilateralen I zu erfassen. Das Team um Andrew Lillico fand bei vier von sieben Abkommen der Bilateralen I gar keine Effekte. Beim Abkommen zum Luftverkehr (plus 0,1 bis 0,2 Prozent) und zum Abbau der technischen Handelshemmnisse (plus 0,2 Prozent) identifizierte es einen marginalen BIP-Zuwachs, der durch die Personenfreizügigkeit zu nichtem gemacht werde.

EU zertifiziert für alle

Neben der Personenfreizügigkeit umfassen die Bilateralen I Abkommen zum Land- und Luftverkehr, zur Landwirtschaft, zur Forschung, zum öffentlichen Beschaffungswesen und zu den technischen Handelshemmnissen. Letzteres gilt als zentral. Es erlaubt es der Schweiz, ihre Waren in die EU zu exportieren, ohne dass diese dort aufs Neue zertifiziert werden müssen. 2017 fiel immerhin ein Exportvolumen von stolzen 75 Milliarden Franken unter dieses Abkommen. Stephan Rietiker, Arzt und Unternehmer, relativierte bei der Präsentation der «Europe Economics»-Studie die Relevanz des Abkommens: «Schon heute besteht der oft billigere Weg, Produkte direkt im EU-Raum für den gesamten EU-Raum zu zertifizieren auf bis zu 3,7 Prozent – wegen des Lohn-drucks.»

Der Bund hält in einem Bericht über Wachstumsperspektiven fest, die einzelnen Abkommen der Bilateralen I würden sich bedeutend positiv auf die Schweizer Volkswirtschaft auswirken. Er räumt aber auch ein, die Konsequenzen eines Wegfalls liessen sich nicht genau messen.

Die Forschungsinstitute Ecoplan und Bak Basel haben 2015 im Auftrag des Bundes versucht, die Folgen des Wegfalls von 2018 bis 2035 zu berechnen. Das Fazit: Unter dem Strich würde das BIP um 460 bis 630 Milliarden Franken tiefer ausfallen. Ecoplan kommt auf ein um 1200 Franken tieferes jährliches Einkommen pro Kopf. Die Autoren gingen davon aus, dass die Schweiz keine Ersatzlösung fände und die Firmen nicht auf das neue Umfeld reagieren würden.

Economiesuisse: 4400 Fr. Nutzen

In der Wahrnehmung von Economiesuisse stützen die 2002 in Kraft getretenen Bilateralen Verträge das Wirtschaftswachstum. Der Verband beziffert den Nutzen jedes Einwohners auf 4400 Franken. Er hält fest, das Pro-Kopf-Einkommen in der Schweiz sei seit der Einführung der bilateralen Verträge mit der Europäischen Union signifikant schneller gewachsen als zuvor. Für die Gegner der SVP-Initiative steht aber fest: Es gibt mehr als genügend Hinweise, dass die Bilateralen I inklusive Personenfreizügigkeit ein Segen für die Schweizer Wirtschaft sind. *(Kari Kälin)*



«Ich bin gegen die Initiative, weil ich den bilateralen Weg und unseren Zugang zum EU-Markt nicht gefährden will.»

Hansueli Loosli
VR-Präsident Coop und Swisscom



«Ich bin dagegen. Der Standort Schweiz ist auf die unkomplizierte Rekrutierung internationaler Arbeitskräfte angewiesen.»

Sergio Ermotti
Konzernchef UBS



«Selbstbestimmung ist wichtig. Aber in zentralen Fragen sollte sich die Schweiz mit der EU abstimmen.»

Thomas Gottstein
Konzernchef Credit Suisse



«Wir rekrutieren sehr viele Wissenschaftler aus der Schweiz, können den Bedarf aber unmöglich nur mit ihnen abdecken.»

Severin Schwan
Konzernchef Roche



«Die Initiative ist extrem und gefährlich. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum die SVP auf diese Initiative setzt.»

Peter Spuhler
Stadler-Chef, Ex-SVP-Nationalrat



«Ich habe mich entschieden, zu dieser Initiative keine persönliche Stellungnahme abzugeben.»

Rolf Dörig
Verwaltungsratspräsident Swiss Life



«ABB lehnt die Initiative ab. Der Zugang zum europäischen Markt und zu qualifizierten Fachkräften ist zentral.»

Peter Voser
Verwaltungsratspräsident ABB

Anzeige

Bezahlen Sie zuviel?
Dann wechseln Sie **jetzt!**

Business-Kommunikationslösungen aus einer Hand

Internet | Mobile | Telefonie | TV

Bis zu CHF
300.-
Kombirabatt



SASAG
Kabelkommunikation